JUGEND UND POLITIK - Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen

A. Gürlevik, K. Hurrelmann & C. Palentien (2016)

<u>Politische Sozialisation Jugendlicher: Entwicklungsprozesse und Handlungsfelder</u> *Heinz Reinders*

Überblick: In diesem Beitrag wird vor allem auf bestehende Beiträge in Hinblick auf politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen verwiesen. Dabei werden Einflüsse wie die Sozialisation, Denkfähigkeiten, Interesse und Einstellung, sowie Geschlecht miteinbezogen und erklärt. Der Fokus liegt auf THEORETISCHEN Erkenntnissen.

Sozialisation (S. 85-87): Die Jugendphase wurde und wird allgemein als turbulente Zeit mit vielen Umbrüchen gesehen, die sehr prägend für politische Wertebildung ist. Maßgeblichen Einfluss haben im Jugendalter neben der Familie auch die Schule und Gleichaltrige (primäre und sekundäre Sozialisation). Letztere können teilweise einen größeren Stellenwert als die familiären Einflussfaktoren haben: "Bei der politischen Sozialisation im Jugendalter wird demnach vornehmlich die sekundäre Sozialisation betrachtet, die einerseits von den Erfahrungen der primären Sozialisation gerahmt wird, andererseits aber mit dem Eintritt in die Adoleszenz eine besondere Qualität gewinnt." (Reinders, 2016, S. 87)

Kognitive Fähigkeiten (S. 88): Mit dem Alter wächst die Fähigkeit des abstrakten Denkens und somit auch das Verständnis für politische Zusammenhänge. Das formal-logische Denken kann jedoch bereichsspezifisch ausgebildet sein, wodurch politischen Gedankengängen im Jugendalter manchmal schwer gefolgt werden kann (Oerter, 1998). Oftmals wird dabei dialektisches Denken notwendig, welches die Analyse von Widersprüchen und komplexen Gesamtzusammenhängen beinhaltet. Diese Denkart ist bei Jugendlichen aber kaum vorhanden, weil sich ihr kristallines Wissen (verglichen zum fluiden Wissen) noch in der Entwicklung befindet (Gresser, 2014).

Politisches Interesse (S. 89-90): Gerade im Vergleich zu früheren Generationen wird der heutigen Jugend oft unterstellt, sie sei politisch weniger interessiert und aktiv. Dies wird durch einige Studien untermauert, durch andere jedoch widerlegt. Politische Themen haben in der Jugend neben den vielen Identitäts- und Beziehungsaufgaben oft wenig Platz und spielen keine große Rolle (Reinders, 2002). Stattdessen nimmt soziales Engagement einen großen Stellenwert ein. Dadurch können politische Fähigkeiten und Orientierungen weiterentwickelt werden, indem man sich selbst als gestaltungsfähig erlebt (Youniss & Yates, 1997). Dabei stehen bei Jugendlichen vor allem soziale Beziehungen und eine angenehme Freizeitgestaltung im Vordergrund, weniger die aktive politische Mitgestaltung.

Rechtsextreme Einstellung (S. 91.93): Um rechtsradikale und antidemokratische Eigenschaften bei Erwachsenen zu erklären, wurde vor allem die frühe Kindheit und der dabei identifiziert. entwickelte Bindungsstil prägend Becks als Nach (1986)Desintegrationshypothese werden durch beschleunigte gesellschaftliche Veränderungen, und der damit verbundenen Individualisierung, starke soziale Kontakte gesucht. Diese werden häufig in rechten Gruppierungen gefunden, welche dem Individuum Halt und Orientierung geben. Den Entwicklungsaufgaben von Havighurst (1972) zufolge, beeinflusst die Entwicklung einer beruflichen Perspektive in weiterer Folge die Bildung einer politischen Identität. Eine unsicherere Arbeitssituation im Jugendalter kann somit das Vertrauen in die Demokratie schwächen und rechtsextreme Einstellungen bestärken (Easton, 1967).

Politische Partizipation (S. 93-96): Für die politische Beteiligung Jugendlicher gibt es einen eigenen gesetzlichen Rahmen. Zudem beginnen die Jugendlichen, sich als handlungs- und gestaltungsfähigen Teil der Gesellschaft zu sehen: "Somit kann davon ausgegangen werden, dass Jugendliche ab dem Alter von 16 Jahren in der Regel als politisch mündige Bürger Beteiligungsformen im rechtlich eingeräumten Rahmen nachgehen können." (Reinders, 2016, S. 94)

Ob sie am politischen Leben teilnehmen hängt von mehreren Faktoren ab, vorwiegend von:

- Politisches Interesse: Diese Variable wird vor allem als zu eindimensional erforscht kritisiert. Außerdem muss das wahrgenommene Interesse der Politik an den Jugendlichen miteinbezogen werden. Geschlechtsunterschiede können sich bei diesem Konstrukt dadurch ergeben, dass Mädchen eher für soziales Engagement und Jungen eher für klassische Politik (die in den meisten Messverfahren gemessen wird) zu begeistern sind. Grundsätzlich wächst das politische Interesse und die damit verbundene Partizipationsbereitschaft im Jugendalter (Deutsche Shell, 2000).
- <u>Selbstkonzept politischer Fähigkeiten</u>: Die eigene Einschätzung davon, wie gut handlungsfähig man bei politischen Themen ist und wie gut man sich dabei auskennt, wirkt sich auf die politische Beteiligung und das Ausüben gemeinnütziger Tätigkeiten aus: "Jugendliche mit einem stabilen politischen Selbstkonzept und hohem Zutrauen in das eigene politische Wissen und die eigenen Fähigkeiten wählen als junge Erwachsene häufiger im Vergleich zu Heranwachsenden mit niedrigen Ausprägungen in diesen Variablen." (Reinders, 2016, S. 95)
- <u>Gemeinnützige Tätigkeit:</u> Auch wenn konventionelle Politik keinen großen Stellenwert bei Jugendlichen hat, engagieren sie sich häufig sozial und beteiligen sich gemeinnützig. Dieses gemeinnützige Engagement korreliert mit politischer Aktivität im Erwachsenenalter (Reinders, 2014).

In vielen Untersuchungen konnte gezeigt werden, dass das Jugendalter ist für die politische Entwicklung sehr prägend ist. Das rührt jedoch auch daher, dass sich die Forschungen auf dieses Alter spezialisiert hat und andere Lebensabschnitte im Hinblick auf politische Themen weniger gut untersucht wurden. Es gilt kritisch zu hinterfragen, welche Anteile in der politischen Entwicklung jeweils schon in der Kindheit und welche im Jugendalter gegeben sind.

Literatur

Reinders, H. (2016). Politische Sozialisation Jugendlicher: Entwicklungsprozesse und Handlungsfelder. In A. Gürlevik, K. Hurrelmann & C. Palentien (Hrsg.), *Jugend und Politik: Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen* (S. 85-101). Springer Fachmedien Wiesbaden.

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. Deutsche Shell (Hrsg.) (2000): Jugend 2000. Opladen: Leske + Budrich.

Easton, D. (1967): A systems analysis of political life. New York, NY: McGraw Hill.

Gresser, A. (2014): Ethnische Ungleichheiten im politischen Wissen. Determinanten des politischen Lernens von Jugendlichen türkischer Herkunft in Deutschland. Würzburg: Universität Würzburg.

Havighurst, R. J. (1972): Developmental tasks and education. New York: Longman.

Oerter, R: (1998): Psychologische Aspekte: Können Jugendliche politisch mitentscheiden? In: Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Neuwied: Luchterhand, S. 32 – 46.

Reinders, H. (2002a): Entwicklungsaufgaben. Theoretische Positionen zu einem Klassiker. In: Merkens, H./Zinnecker, J. (Hrsg.): Jahrbuch Jugendforschung 2002. Opladen: Leske + Budrich, S. 13 – 38.

Reinders, H. (2014): Jugend. Engagement. Politische Sozialisation. Gemeinnützige Tätigkeit und Persönlichkeitsentwicklung in der Adoleszenz. Wiesbaden: VS Verlag.

Youniss, J./Yates, M. (1997): Community service and social responsibility in youth. Chicago, IL: The University of Chicago Press.

Politische Orientierung und Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Europa

Martina Gille, Johann de Rijke, Jean Philippe Décieux und Helmut Willmes

Überblick: In diesem Artikel wird das politische Interesse, die politische Einstellung und die politische Partizipation von Jugendlichen vor allem aus EMPIRISCHER Sicht präsentiert. Alle beschriebenen Daten beziehen sich auf DEUTSCHLAND (und Europa). Da es sich vor allem um prozentuelle/deskriptive Zahlen aus Sekundärdatenanalysen handelt (zumeist gewichtet), sind selten korrelative/kausale Schlüsse ermöglichen. Über die Signifikanz der Ergebnisse wird man kaum informiert.

Dieser Beitrag thematisiert zum Einstieg die immer wieder postulierte Politikverdrossenheit und die mangelnde politische Partizipation bei Jugendlichen. Dabei stellt sich die Frage, welche Faktoren Einfluss auf das Politikinteresse nehmen und ob sich im europäischen Vergleich ein Abwärtstrend für Deutschland abzeichnet. Dafür wurden Daten des Deutschen Jugendinstituts (DJI-Survey, AID:A, 2009), des ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften) und des European Social Survey bzw. der Europabarometer Befragung untersucht.

Politisches Interesse (S. 164-167)

Das politische Interesse wird besonders durch Alter, Geschlecht und Bildung beeinflusst. Mit dem Alter steigt das politische Interesse an, speziell auch nach der Volljährigkeit und geht erst ab Mitte 60 wieder etwas zurück (ALLBUS 2012) – diese Korrelation ist in allen EU-Ländern zu finden. Generell steigt das Interesse mit dem Bildungsniveau, wobei dieser Trend bei Mädchen schwächer ausgeprägt ist (AID:A-DJI-Survey, 2009). Jungen sind dabei quer durch alle Bildungsschichten interessierter als Mädchen. Im Längsschnitt ist zu erkennen, dass das politische Interesse immer leicht schwankt. Deutlich sticht hervor, dass die Befragten bis 29 immer klar unter den über 29-jährigen liegen (ALLBUS 1991-2012).

Politische Einstellung (S. 167-171)

Die politische Orientierung kann sich auf unterschiedliche politische Dimensionen beziehen und gilt als grundlegend für ein funktionierendes System. Dabei ist die Einstellung zu demokratischen Werten, zur Demokratie als Basismodell und in der Praxis und zum Vertrauen an das politische System und seinen Politiker innen einflussgebend.

Tendenziell bekommt die Demokratie als System am meisten Zuspruch, gefolgt von den wahrgenommenen Situationen innerhalb einer Nation und der Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie. Am schlechtesten fällt dabei die Zufriedenheit mit den (partei-)politischen Akteuren aus. Diese Tendenz fällt für junge Erwachsene zwischen 15-29 Jahren ähnlich aus wie für ältere Erwachsene (ESS Round 6, 2012). Institutionen des Rechtsstaates (Bsp.: Polizei, Justiz, Vereinte Nationen ...) wird hingegen mehr Vertrauen entgegengebracht. Auch hier ähneln sich die Antworten der verschiedenen Altersgruppen. Eine Ausnahme muss hierbei beim Europäischen Parlament gemacht werden: darauf vertrauen Personen zwischen 15-29 Jahren deutlich stärker als ältere. Dies könnte damit zusammenhängen, dass transnationale Institutionen in den jüngeren Altersgruppen an Bedeutung gewinnen und somit auch eher unterstützt werden – diese Zusammenhänge müssten jedoch noch ausführlicher untersucht werden. Höhere Bildungsschichten bewerten die genannten Variablen zumeist etwas besser, speziell die Zufriedenheit mit der Demokratie im Allgemeinen. Maßgebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern werden in der politischen Einstellung keine gefunden.

Politische Partizipation (S. 172-177)

"Verfasste Formen der politischen Partizipation in einer repräsentativen Demokratie sind die Wahlbeteiligung und die Mitarbeit in politischen Parteien." (Gille, de Rijke, Décieux & Willmes, 2016, S. 175)

<u>Wahlverhalten</u> (S. 172-175): Das Wahlverhalten ist ein besonders wichtiger Weg, sich politisch an der Demokratie zu beteiligen. Von allen Partizipationsmöglichkeiten ist sie die Form, welche für die meisten Personen in Frage kommt und auch von den meisten ausgeführt wird. Generell ist die Bereitschaft zur Teilnahme (an irgendeiner Wahl) aber zumeist viel höher ausgeprägt als die tatsächliche Beteiligung an einer (spezifischen) Wahl. Auch das Alter spielt hierbei eine Rolle: Für die Wahlbeteiligung ist die aus der Wahlforschung bekannte Tatsache zu erkennen, dass die jüngeren Wählergruppen stets eine geringere Wahlbeteiligung aufweisen als die Wählerschaft insgesamt." (Gille et al., 2016, S. 172).

Generell nahm die Wahlbeteiligung in Deutschland zwischen 1983-2013 ab, wobei der Anteil der 18- bis 20-Jährigen etwas geringer war und jener der 21- bis 24-Jährigen noch ein bisschen darunter (Bundeswahlleiter 2014). Eine verstärke Verdrossenheit bei Politik und Wahlen in jungen Generationen lässt sich durch diese Zahlen jedoch nicht prognostizieren. Das parteipolitische Wahlverhalten ist deutlich von Altersdifferenzen geprägt. In Deutschland ist es noch nicht überall erlaubt, ab 16 Jahren zu wählen, weshalb nur regionale Daten zum Wahlverhalten Jugendlicher unter 18 Jahren vorliegen.

Politische Partizipation in Deutschland (S. 175-177): Die aktive Mitarbeit in einer politischen Partei wird nur von einem kleinen Bevölkerungsteil ausgeübt – das Alter spielt bei diesen unterschiedlichen Beteiligungsformen eine geringe bis mäßige Rolle. So nehmen 15- bis 29-Jährige eher an Demonstrationen bei, kontaktieren allerdings seltener Politiker oder führen seltener einen Produktboykott durch. Neben dem Alter spielen auch Bildung und Geschlecht, aber auch Motivationsfaktoren (Bsp.: politisches Interesse) für die politische Beteiligung eine Rolle. Ein höheres Bildungsniveau wirkt sich häufig positiv auf politische Partizipation aus. Frauen beteiligen sich vor allem in Vereinen und Parteien deutlich weniger oft als Männer.

Politische Partizipation junger Menschen in Europa (S. 177-188)

Ein zentrales Ziel der EU ist eine aktive politische Teilnahme Jugendlicher im politischen Bereich. Folgend sollen einige <u>europäische Tendenzen</u> aufgezählt werden:

Das durchschnittliche politische Interesse stieg nach dem ESS 2012 im Vergleich zu den Vorjahren etwas an – eine immer größer werdenden Politikverdrossenheit lässt sich also nicht abzeichnen. Hierbei gibt es jedoch starke länderspezifische Unterschiede (für Österreich keine Daten). In allen Ländern steigt aber das <u>durchschnittliche Politikinteresse</u> mit dem Alter signifikant an. Um die Einstellung der Jugendlichen zur Demokratie zu messen, wurde nach deren Wichtigkeit gefragt – die in allen Ländern der EU eher hoch eingestuft wurde. Die Einstellung zu EU-Erweiterungen variiert zwischen den einzelnen Nationen etwas mehr. Grundsätzlich sind die Jugendlichen der EU gegenüber positiv eingestellt. Zudem fühlen sich 15- bis 24-Jährige im Vergleich zu älteren Altersklassen deutlich öfter als EU-Bürger.

Grundsätzlich können sich nur etwa ein Fünftel (21,1% der 15- bis 20-Jährigen) der Befragten der "Flash Eurobarometerbefragung 375" (2013) sich einmal als Kandidat für eine Wahl aufstellen zu lassen. Diese Bereitschaft sinkt mit dem Alter. 73,3% der Befragten gaben an, in den letzten drei Jahren an einer Wahl teilgenommen zu haben – aber auch hier ergeben sich starke länderspezifische Unterschiede. Österreich liegt bei den 15- bis 30-Jährigen im europäischen Vergleich im unterdurchschnittlichen Bereich.

Das <u>Interesse an den Europawahlen</u> schneidet, verglichen mit den einzelnen Staaten, wesentlich geringer ab. Nur 58,1% der Befragten gaben an, überhaupt an den Wahlen teilnehmen zu wollen (Flash Eurobarometerbefragung 375, 2013) – von den 18- bis 24-Jährigen beteiligten sich tatsächlich nur 28%. Die Motivation der 15- bis 30-Jährigen zur Europawahl zu gehen besteht laut der Flash Eurobarometerstudie 375 (2013) aus verschiedenen Komponenten:

"Der Hauptgrund von Jugendlichen, zur Wahl zu gehen, war der Glaube daran, dass Demokratie wichtig ist. Diesen Grund nannten 94,4 % der Befragten als wichtigstes Teilnahmemotiv. Weitere zentrale Gründe waren die Überzeugung, dass diese Wahlen wichtig sind (mit 90,4 %) und die Einstellung, dass Wählen der richtige Weg ist, um politische Entscheidung zu beeinflussen (83,3 %)." (Gille et al., 2016, S. 182).

Ein weiterer Motivationsfaktor zur Wahl zu gehen ist Arbeitslosigkeit bzw. die Lage des Arbeitsmarkts – besonders bei jüngeren Alterskohorten (European Youth Forum, 2014). Wenn die Jugendlichen das Gefühl haben, dass sie mit ihrer Stimme nichts ändern können oder sich nicht genug auskennen, senkt das beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, dass sie zur Wahl gehen.

Neben den Wahlen als häufigste politische Partizipationsform sind <u>Demonstrationen und Streiks</u> ein wichtiges Sprachrohr für Jugendliche: "In der Alterskohorte der 15- bis 24-Jährigen war dies mit 18 % bzw. 17 % die am zweit- bzw. dritthäufigsten genannte Möglichkeit. Dies spiegelt sich auch im tatsächlichen Verhalten der Jugendlichen wider." (Gille et al., 2016, S. 184). Hinzu kommt als Beteiligungsmöglichkeit auch das <u>Internet</u>. Jüngere Altersklassen nutzen diese Form der Teilnahme öfters als ältere, während lokale Diskussionen eher mit steigendem Alter genutzt werden. Diese "neueren Partizipationsformen" werden immer relevanter und sollten auch die entsprechende Beachtung bekommen: "Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, neben den konventionellen Formen politischer Partizipation auch die unkonventionellen problemorientierten Potenziale und Formen der politischen Teilhabe Jugendlicher wahrzunehmen und anzuerkennen sowie diese zu unterstützen und zu fördern.". (Gille et al., 2016, S. 188).

Um Jugendliche zu motivieren, politisch aktiv zu sein, müssen sie sich ernst genommen, akzeptiert und anerkannt fühlen. Hierbei sind auch die gesellschaftlichen und politischen Strukturen gefragt:

"Die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an Politik wird sehr stark vom Vertrauen der Jugendlichen gegenüber dem politischen System und seinen Institutionen beeinflusst. Dieses Vertrauen wird vor allem dadurch gestärkt, dass die Gesellschaft Angebote und Strukturen schafft, die den Jugendlichen Chancen und Potenziale anbietet, um sich aktiv zu engagieren und an der Gesellschaft teilzuhaben. Denn erst im Rahmen solcher Gelegenheiten können die jungen Menschen Partizipationsverhalten aktiv erproben und erlernen, Entscheidungsprozesse beeinflussen sowie im Kontakt mit Entscheidungsakteuren Vertrauen zu diesen aufbauen." (Gille et al., 2016, S. 189).

Literatur

Gille, M., De Rijke, J., Décieux, J. P. & Willmes, H. (2016). Politische Orientierung und Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Europa. In A. Gürlevik, K. Hurrelmann & C. Palentien (Hrsg.), *Jugend und Politik: Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen* (S. 163-193). Springer Fachmedien Wiesbaden.

- ALLBUS 2012 Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4614 Datenfile Version 1.1.0 (2013-05-14).
- ALLBUS 1991 2012 Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4578 Datenfile Version 1.0.0.
- Der Bundeswahlleiter (2014a): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen. Wiesbaden. Online: http://www.bundeswahlleiter.de [20. 03. 2015].
- ESS Round 6: European Social Survey Round 6 Data (2012). Data file edition 2.0. Norwegian Social Science Data Services Norway Data Archive and distributor of ESS data.
- European Commission, Brussels (2014): Flash Eurobarometer 375 (European Youth: Participation in Democratic Life). TNS Political & Social [producer]. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5893 Datenfile Version 1.0.0.
- European Youth Forum (2014): European Youth Policy Watch. 110; 28 October, 2014. Online: http://intranet.youthforum.org/newsletters/node/79868 [20. 03. 2015].
- Gaiser, W./Gille, M. (2012): Soziale und politische Partizipation. Trends, Differenzierungen, Herausforderungen. In: Rauschenbach, T./Bien, W. (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A Der neue DJI-Survey. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 136 159

Jugend zwischen Politikdistanz und politischer Teilnahmebereitschaft

Ursula Hoffmann-Lange und Martina Gille

Überblick: In diesem Artikel wird eine spezifische empirische Untersuchung ausführlich präsentiert. Es werden die Zusammenhänge zwischen kognitiver politischer Mobilisierung (durch die Bildungsexpansion) und politischer Orientierung/Beteiligung untersucht. Dabei werden Daten von jungen Erwachsenen mit denen von älteren verglichen – unter 18-jährige werden nicht berücksichtigt.

Für eine funktionierende Demokratie muss diese als Regierungsform unterstützt und mit Bürgerbeteiligung aktiviert werden. Die aktive Teilnahme am politischen Leben ist also ein zentraler Faktor für eine gelungene demokratische Gesellschaft. Speziell die Jugendlichen, welche von gesellschaftlichen Beschleunigungen und Veränderungen stark geprägt sind, geraten dabei in den Blickpunkt. Durch die sinkende Wahlbeteiligung und die zunehmende Bereitschaft zur Kritik an Politikern und zu Protesten etabliert sich ein veränderter (distanzierterer) Zugang zu Politik bei jüngeren Menschen.

Gesellschaftlicher Wandel und politische Orientierung Jugendlicher (S. 196-203)

Durch Veränderungen in der Gesellschaft hat sich auch die Beziehung der Bürger_innen zur Politik in den letzten Jahrzehnten verändert. Besonders Jugendliche werden von gesellschaftlichen Entwicklungen in ihren politischen Einstellungen und Werten beeinflusst. Bei jüngeren Wähler_innen sind Parteibindungen seltener als bei älteren. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass Jugendliche heute nicht mehr so stark durch klassen- und milieuspezifische Bindungen geprägt sind: "Dementsprechend ist der Erwerb politischer Orientierungen in der Jugend heute stärker durch individuelle Erfahrungen und das persönliche soziale Umfeld bestimmt, zu dem neben Familie und Schule nicht zuletzt auch Gleichaltrigengruppen gehören." (Hoffmann-Lange & Gille, 2016, S. 197). Maßgeblicher Faktor war für diese Entwicklungen die Bildungsexpansion, welche verbesserte durchschnittliche kognitive und somit politische Fähigkeiten in der Gesamtbevölkerung mit sich brachte. Dennoch stieg das politische Interesse durch verschiedene Einflussfaktoren (ibd., S.

199ff) nicht wirklich an – beispielsweise scheint die Politik in wirtschaftlich stabilen Zeiten weniger relevant zu sein. Zudem haben sich die Erwartungen an die eigene Selbstbestimmtheit und das Bedürfnis zur Partizipation an politischen Prozessen gesteigert. Die politischen Beteiligungsformen haben sich insofern verändert, als dass der oder die Einzelne politisch stark auftreten kann, ohne stark auf traditionelle Organisationen wie Parteien oder Vereine angewiesen zu sein.

Die erhöhte Distanz zu traditionellen Formen der Politik und die kognitive Mobilisierung durch die Bildungsexpansion sind zwei zentrale gesellschaftliche Entwicklungen, die in der vorliegenden Studie untersucht wurden. Dabei wurden Daten von 16- bis 29-Jährigen aus den Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts von 1992, 1997 und 2003 interpretiert und mit Daten des ALLBUS von 1998 und 2008 verglichen. Die externe politische Effektivität hat sich in den letzten Jahren erhöht. Generell wird sie aber als sehr gering eingeschätzt:

"Wie die Werte (...) zeigen, glaubt die große Mehrheit der jungen Menschen nicht, dass die Politikerinnen und Politiker sich ernsthaft für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen bzw. meint, dass Politik in erster Linie eine Veranstaltung der Mächtigen ist, auf die die einfachen Bürgerinnen und Bürger kaum Einfluss nehmen können." (Hoffmann-Lange & Gille, 2016, S. 206)

Die kognitive politische Mobilisierung ist bei Männern deutlich höher ausgeprägt als bei Frauen. Diese sind noch stark von traditionellen Rollenbildern geprägt, auch wenn die Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern sich angeglichen haben. Bei der externen politischen Effektivität wurden kaum Geschlechterunterschiede gefunden. Die kognitive politische Mobilisierung bei den 18- bis 29-jährigen generell eher niedrig ausgeprägt. Sie nahm in den jüngeren Generationen nicht zu, durch Wohlstandszuwachs und Bildungsexpansion wurden jedoch bereits Mitte des 20. Jahrhunderts starke Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsniveaus geschaffen. Mit dem Bildungsgrad steigt auch das Vertrauen und die Involviertheit in die Politik (DJI-Jugendsurvey, 2003).

"In allen vier Umfragen beeinflusst das Bildungsniveau sowohl das Niveau der kognitiven politischen Mobilisierung als auch das der externen politischen Effektivität, bei den älteren Befragten sogar noch etwas stärker als bei den jüngeren. Der Einfluss des Geschlechts ist zwar hoch signifikant, jedoch deutlich schwächer als der Einfluss des Bildungsniveaus." (Hoffmann-Lange & Gille, 2016, S. 209ff).

Die kognitive politische Mobilisierung und die externe politische Effektivität korrelieren in dieser Untersuchung leicht positiv – somit verändern sie sich unabhängig voneinander. Dies spricht gegen die Erwartungen, nach denen beispielsweise die Wahlbeteiligung aufgrund politischen Desinteresses zurückgeht. Es lässt sich hingegen ein leichter Zuwachs der Personen feststellen, welche zwar politisch hohe Fähigkeiten besitzen, jedoch wenig Vertrauen in die Politik haben. Im gesamten hat die kognitive politische Mobilisierung mehr Einfluss auf die politische Partizipation als auf die externe politische Effektivität.

Als Instrument politischer Partizipation werden noch immer die Wahlen am meisten genutzt. Des Weiteren werden (vor allem von jüngeren Menschen) Demonstrationen oder Petitionen genutzt, die wenig zeitlichen Aufwand benötigen. Politisch stark aktiv sind nur wenige Personen. Bei jungen Menschen ist vor allem die Wichtigkeit einer Wahl ausschlaggebend dafür, ob sie daran teilnehmen und ob sie die beteiligten Politiker als vertrauenswürdig einstufen. Hierbei spielt auch das Bildungsniveau mit. Beispielsweise zeigt sich, dass vor allem

sich vor allem politische Entfremdete von der Politik abwenden: "Die daraus resultierende Ungleichheit der Chancen, Gehör für die eigenen Anliegen zu finden, betrifft damit in erster Linie junge Menschen mit geringen Bildungsressourcen, die ohnehin die schlechtesten Zukunftschancen haben." (Hoffmann-Lange & Gille, 2016, S. 221)

Typen politischer Orientierung (211-216)

Hoffmann-Lange & Gille (2016) entwickelten anhand des politischen Interesses und dem Vertrauen in die Politik vier Typen politischer Mobilisierung (politisch Entfremdete, mobilisierte Skeptiker_innen, traditionelle und mobilisierte Staatsbürger, vgl. S. 212f). Bei den 18- bis 29-Jährigen nahmen die Gruppen der traditionellen und mobilisierten Staatsbürger zwischen 1992-2003 zu (die anderen ab). Die Gruppen der mobilisierten Skeptiker und Staatsbürger sind 2003 eher bei Männern als bei Frauen vertreten, während die politischen Entfremdeten und die traditionellen Staatsbürger umgekehrt häufiger bei Frauen zu finden sind. Starke Geschlechtsunterschiede sind durch den schwachen Zusammenhang zwischen Geschlecht und externer politischer Effektivität aber nicht zu finden. Das Bildungsniveau spielt hingegen eine größere Rolle und verweist beispielsweise mit zunehmendem Level einen stärker werdenden Anteil mobilisierter Staatsbürger. Signifikante Altersunterschiede ließen sich nicht finden. In Hinblick auf die politischen Partizipationsformen ist in Tabelle 3 (S. 217) ein genauer Überblick über die Entwicklungen der verschiedenen Typen zu finden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es in den letzten Jahrzehnten zwischen den verschiedenen Generationen keine starken Veränderungen im Verhältnis von Gesellschaft und Politik gab:

"Auch wenn das Auftreten spektakulärer neuer politischer Aktionsformen wie die der Occupy-Bewegung oder der plötzliche Erfolg der Piraten vielfach als Beginn einer neuen Jugendbewegung interpretiert worden sind, darf man nicht übersehen, dass es sich bei den Protagonisten dieser Bewegungen um kleine Minderheiten handelt, die keineswegs repräsentativ für die junge Generation als Ganzes sind." (Hoffmann-Lange & Gille, 2016, S. 217)

Literatur

Hoffmann-Lange, U. & Gille, M. (2016). Jugend zwischen Politikdistanz und politischer Teilnahmebereitschaft. In A. Gürlevik, K. Hurrelmann & C. Palentien (Hrsg.), *Jugend und Politik: Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen* (S. 195-225). Springer Fachmedien Wiesbaden.